

Raus aus dem Dunstkreis

Verqualmte Büros, verrauchte Bahnhöfe und vernebelte Restaurants: Jahrelang gehörten Glimmstägel in Deutschland immer und überall wie selbstverständlich dazu. Breit gesellschaftlich akzeptiert machten sie gar Karriere als Statussymbol. Dem allgegenwärtigen Dunstkreis entkommen? Kaum eine Chance. Wer nicht selbst rauchte, rauchte zwangsweise mit – erhöhtes Risiko für Herzinfarkt, Schlaganfall und Lungenkrebs inklusive.

Das hat sich in den vergangenen Jahren allmählich gewandelt, auch dank des steigenden Gesundheitsbewusstseins in Politik und Gesellschaft. Laut dem Deutschen Krebsforschungszentrum enthält Tabakrauch über 4.800 verschiedene Substanzen, wovon rund 70 krebserregend sind, beziehungsweise im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen.

Ob auf dem Arbeitsplatz, in öffentlichen Gebäuden, Freizeiteinrichtungen oder der Gastronomie: Nichtraucherinnen und Nichtraucher sind verstärkt in den Fokus sowohl der bundes- wie auch landespolitischen Debatte gerückt. Nordrhein-Westfalen hat vor gut vier Jahren unter schwarz-gelber Regierung ein erstes – wenn auch von der Opposition als lückenhaft kritisiertes – Nichtraucherschutzgesetz verabschiedet.

Dass Debatten um solche Gesetzgebungsprozesse, damals wie heute, nicht ohne Protest ablaufen, versteht sich von selbst: Einerseits können Nichtraucherinnen und Nichtraucher auf den Schutz ihrer Gesundheit

pochen. Noch immer sterben in Deutschland jährlich über 3.000 Menschen an den Folgen des Passivrauchens. Andererseits hat jeder Mensch ein Recht auf Freiheit und selbstbestimmtes Leben, die Wahl seiner Genussmittel eingeschlossen.

SENSIBLER ABWÄGUNGSPROZESS

Verständlich, dass bei diesem Thema die unterschiedlichen Meinungen rauchender und nichtrauchender Menschen und in Konsequenz auch die der von ihnen gewählten Abgeordneten aufeinander prallen. Wie das Parlament als Gesetzgeber in Sachen Nichtraucherschutz nun konkrete Grenzen so ziehen kann, dass sie nicht zu weit, aber auch nicht überzogen sind, kontrollierbar und damit praxistauglich bleiben, ist also ein sensibler Abwägungsprozess zwischen den widerstrebenden Interessen.

Dem muss sich die Landesregierung als Initiatorin des neuen Gesetzentwurfs genauso stellen, wie die einzelnen Fraktionen im Landtag (siehe hierzu auch Seite 16-17). Nach der bereits erfolgten ersten Lesung wird der Gesundheitsausschuss den Entwurf Ende September mit externen Fachleuten beraten – und sorgt damit für eine sachlich fundierte Debatte rund um den blauen Dunst.

bra



Schwerpunkt: Nichtraucherschutz

Strikte Grenzen für Glimmstägel 3

Schlag auf Schlag 14-15

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Klima: Wer möchte heimische Trüffel?	4
Jugend: Früh übt sich	5
Soziales: Ein Schulsystem für alle	6
Inneres: Nicht ohne meine Zustimmung	7
Überblick: Die Mitglieder der Landesregierung, die Ausschüsse des Landtags	8-13
Sanierung: Operation am Herzstück geglückt	18
Portrait: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)	19
Impressum	19
Termine	20